

Kreativer Protest gegen Nazis legitim

WIDERSTAND Das Oberlandesgericht in Celle billigt eine Blockadeaktion gegen einen Aufmarsch in Bad Nenndorf. Die Aktivisten hatten die Polizeisperren ausgetrickst und sich an einer Pyramide festgekettet

4.10.2011 TAZ von Andreas Speit

Plötzlich stand die Betonpyramide in Bad Nenndorf mitten auf der Straße. Knapp hundert Meter vor dem Wincklerbad in der niedersächsischen Kurstadt, an dem Neonazis aufmarschieren wollten, hatte eine Antifa-Aktionsgruppe das Objekt platziert. Das Oberlandesgericht Celle entschied nun, dass das Aufstellen der Pyramide und die damit verbundene Sitzblockade als "Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung" legitim war.

"Ein wichtiges Urteil", sagt Helge Limburg von der grünen Landtagsfraktion. Das Gericht habe sich mit "erstaunlicher Deutlichkeit" geäußert. "Die Teilnehmer wollten damit ihren Widerstand gegen den rechtsextremen Aufzug zum Ausdruck bringen", heißt es in dem Beschluss. Und zwei Seiten weiter wird erklärt: "Vor diesem Hintergrund stellt sich die Pyramideaktion nicht als verwerflich dar."

Zu dem Verfahren war es gekommen, weil die Antifaschisten die Gewahrsamnahme nach ihrer Aktion im Jahr 2010 angefochten hatten - mit Erfolg. Gegen die Entscheidung legte die Polizeidirektion Göttingen Beschwerde ein. Das Oberlandesgericht stellt nun aber ebenfalls klar, dass die gewaltfreie Aktion keine Gewahrsamnahme rechtfertigte.

Den Coup hatten die vier Männer im Alter von 23 bis 45 Jahren gut vorbereitet, und so gelang ihnen am 14. August 2010, was eigentlich unmöglich sein sollte: Über 2.000 Polizisten waren im Einsatz, unzählige Polizeigitter aufgestellt, um den Protest von der Neonazi-Marschroute fern zu halten. Dennoch wurden die Aktivisten durchgewunken - sie fuhrten in einem blauen Kleinbus, auf dessen Anhänger Absperrgitter geladen waren. Weil zudem hinter der Windschutzscheibe eine Ausgabe von Polizei heute und ein Papierschild mit einem Fantasiewappen platziert waren, schöpften die Beamten keinen Verdacht.

Als hilfreich erwies sich auch, dass die Aktivisten mit dunkler Kappe, schwarzem T-Shirt und grüner Hose ähnlich gekleidet waren wie Polizeibeamte, die bei Einsätzen hinter den Linien arbeiten. Auf der Demonstrationsroute ließen sie die Pyramide auf die Straße fallen und fesselten sich an ihr. "Wir haben viel Zeit mitgebracht", sagte einer von ihnen der taz. Ein höherer Polizeibeamter zollte "Respekt".

"Die Polizei sollte das Urteil, gerade auch in Hinblick auf die kommenden Demonstrationen und Aufmärsche sehr genau lesen", sagt Grünen-Politiker Limburg.

„Sichtbarer Neonazi-Protest erforderlich“

Dresden Wie soll Dresden mit den jährlichen Aufmärschen Rechtsex tremer und den Protesten dagegen umgehen? Polizei, Justiz und die Regierung setzen auf strikte Trennung. Ein Fehler, meint Grünen-Fraktionschefin Hermenau.

4.10.2011 Lausitzer Rundschau online

Die sächsische Grünen-Politikerin Antje Hermenau hält einen friedlichen Protest gegen Neonazi-Aufmärsche in Sicht- und Hörweite für erforderlich. Zugleich verlangte sie von der schwarz-gelben Koalition im Freistaat, ihre ablehnende Haltung aufzugeben. „Ich habe das Gefühl, wir befinden uns in einer dramatischen Fehlentwicklung. Die Fronten verhärten sich weiter, wir geraten in eine Endlosschleife“, sagte Hermenau. Hintergrund ihrer Äußerung ist der Streit um angemessene Reaktionen auf die jährlichen Neonazi-Aufzüge im Februar in Dresden.

Bisherige Taktik erfolglos

Zumindest die CDU und FDP im Landtag stehen eisern hinter dem von der Polizei und Justiz verfochtenem Trennungskonzept. Rechtsextreme und Gegendemonstranten sollen dabei auf verschiedenen Seiten der Elbe gehalten werden.

Hermenau machte geltend, dass diese Taktik bislang nie aufgegangen sei. „Die Koalition ist mit ihrer Strategie zu den Nazi-Aufmärschen völlig gescheitert – schon seit mehreren Jahren“, sagte die Grünen-Fraktionschefin im Landtag. „Weitere Fehler werden immer höher aufeinandergetürmt, nur damit nicht rauskommt, dass die grundsätzliche politische Entscheidung falsch war.“

Die Bürger werden hier auf Dauer in Geiselhaft einer verfehlten Politik genommen. Es gibt ein Bedürfnis vieler Bürger in Dresden, dass die Nazis hier nicht marschieren.“ Deshalb müssten die Dresdner die Chance haben, sich – ohne die Rechtstaatlichkeit zu verletzen – gegen die Nazis zu wehren. „Das ist ein inneres Bedürfnis. Sie wollen dabei vom Rechtsstaat unterstützt und nicht verschreckt oder gar angeklagt werden.“ Die Grünen-Politikerin zielte damit auf die Ermittlungen gegen friedliche Demonstranten. Am vergangenen Donnerstag hatte der Immunitätsausschuss des Landtages mit den Stimmen von CDU, FDP und rechtsextremer NPD dafür votiert, die Immunität von Linken-Fraktionschef André Hahn aufzuheben. Er soll wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz angeklagt werden.

„Es ist absurd, in einem Mann wie André Hahn einen Rädelsführer zu sehen. Hahn gehört doch nun wirklich nicht zum „Schwarzen Block“, betonte Hermenau und sprach von einem „Abschreckungsmanöver“. Hahn verdiene hier Unterstützung.

Illegale Ermittlungen in Sachsen?

Es gibt ein neues Gutachten im Dresdner Handy-Skandal. Demnach sind die Ermittlungen wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsrecht nicht rechtmäßig.

3.10.2011 TAZ von Sebastian Erb

BERLIN taz | Die sächsische Staatsanwaltschaft ermittelt möglicherweise rechtswidrig gegen Demonstranten, die im Februar in Dresden gegen Neonazis auf die Straße gingen. Zu diesem Schluss jedenfalls kommt ein aktuelles Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, das der Justiziar der Linksfraktion Wolfgang Neskovic in Auftrag gegeben hat.

Das Versammlungsgesetz, gegen das die Gegendemonstranten verstoßen haben sollen, dürfe demzufolge nicht mehr angewendet werden. Derzeit sind in Sachsen noch 50 Verfahren aus dem Jahre 2011 und vier aus dem Jahre 2010 wegen des Verdachts auf Verstoß des Versammlungsgesetzes anhängig.

Der Sächsische Landesverfassungsgerichtshof aber hatte das Landesversammlungsgesetz im April 2011 gekippt, rückwirkend zum Januar 2010. Der Grund: formale Fehler. Zum Zeitpunkt der Anti-Nazi-Demonstration war es also nicht gültig. In dem 14-seitigen Gutachten, das die taz einsehen konnte, heißt es: "Die Norm gilt nunmehr als von Anfang an nicht mehr existent und kann daher nicht mehr Grundlage strafrechtlicher Ermittlungen und Verurteilungen sein."

Aber auch das Bundesversammlungsgesetz, auf welches die Dresdner Staatsanwaltschaft und das Justizministerium sich nun berufen, ist nach Ansicht der Gutachter nicht anwendbar. "Im Ergebnis dürfte [...] die Einleitung eines Strafverfahrens für Taten für den Zeitraum zwischen Verkündung und Nichtigerklärung wegen der dargestellten Strafbarkeitslücke nicht möglich sein." Denn sonst würde Demonstranten nachträglich eine höhere Strafe drohen.

Vier Verfahren aus dem Jahr 2010

Die Sachsen sahen im Unterschied zum Bundesgesetz für die Blockade einer Demonstration nur zwei statt drei Jahre Höchststrafe vor. Die Gutachter argumentieren hier vor allem mit dem im Grundgesetz verbrieften Prinzip des Rückwirkungsverbotes. Soll heißen: ein Demonstrant konnte zum Zeitpunkt der Blockade nicht wissen, mit welchem Strafmaß er oder sie zu rechnen hat.

Neskovic fordert deshalb: Alle Verfahren für den Tatzeitraum von Januar 2010 bis April 2011 müssen sofort eingestellt werden. "Damit fände eine von Beginn an ungerechtfertigte Strafverfolgung der Gegendemonstranten ihr jähes Ende", sagte der Bundestagsabgeordnete der taz. "Die Staatsanwaltschaft muss auch die Anwaltskosten übernehmen", fordert die Anwältin Kristin Pietrzyk, die ein Dutzend Betroffene vertritt.

Die Staatsanwaltschaft will jedoch weiter auf Basis des Bundesversammlungsgesetzes ermitteln. Es sei aber "strafrechtlich das mildere Gesetz anzuwenden", so der Sprecher von Justizminister Jürgen Martens (FDP).

Bei den vier Verfahren aus dem Jahre 2010 - die Anti-Nazi-Demo findet jedes Jahr statt - ist es indes wahrscheinlicher geworden, dass es zum Prozess kommt. Die Staatsanwaltschaft wirft den Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei in Thüringen und Sachsen sowie der Doppelspitze in Hessen vor, die friedliche Blockade des Neonazi-Aufmarsches organisiert zu haben.

Hahn wirft der Justiz politische Einflussnahme vor

Der Immunitätsausschuss des sächsischen Landtages hat Ende vergangener Woche beschlossen, dass die Immunität des sächsischen Fraktionsvorsitzenden André Hahn aufgehoben werden soll. Das Votum war mit 11 zu 7 Stimmen ungewöhnlich knapp. Die Koalitionspartner CDU und FDP sowie die rechtsextreme NPD stimmten dafür, SPD, Linke und Grüne dagegen. Endgültig muss jetzt das Plenum entscheiden. Demnach ist ein Verfahren gegen den Parlamentarier nun möglich.

Hahn beklagt, dass das Justizministerium politischen Einfluss auf das Verfahren genommen habe. In einem Brief an den Ausschuss habe das Ministerium der Staatsanwaltschaft nahegelegt, eine Formulierung über „immunitätsrechtliche Bedenken“ zu streichen. Hahns Vorwurf: „politisch motivierte Strafverfolgung“. Staatsanwaltschaft und Ministerium weisen das zurück. Die "immunitätsrechtliche Bedenken" seien lediglich gewesen, in welchem Umfang der Ausschuss überhaupt neue Unterlagen bekommen dürfe. Schließlich könne er nicht „über die Frage des Tatverdachts entscheiden“. Es sei dann neues Material präsentiert worden.

"Der Skandal ist, dass nur noch gegen uns ermittelt wird", sagt die hessische Co-Fraktionsvorsitzende der Linkspartei Janine Wissler. Alle anderen Verfahren wurden eingestellt - teils gegen Zahlung einer Geldbuße. Auf dieses Angebot wollten die vier Fraktionsvorsitzenden aber nicht eingehen. Noch genießen Wissler und ihr Kollege Willi van Ooyen Immunität. In Thüringen will der Justizausschuss am Mittwoch entscheiden, ob er den Weg für einen Prozess gegen Bodo Ramelow frei macht.

Zweifel an Ermittlungen gegen Linkspolitiker

Gutachten: Gesetze nicht anwendbar

3.10.2011 Freie Presse online

Berlin (dapd-lsc). Die geplanten Ermittlungen der Dresdener Staatsanwaltschaft gegen die Fraktionschefs der Linkspartei in Sachsen, Thüringen und Hessen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz stehen offenbar auf wackligen Füßen. Laut einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages

können weder das sächsische Versammlungsgesetz noch das Bundesversammlungsgesetz auf die Fälle der Fraktionsvorsitzenden angewendet werden, wie die in Berlin erscheinende "tageszeitung" (Dienstagsausgabe) vorab berichtet.

Den Linkspolitikern wird vorgeworfen, Blockaden gegen Neonazi-Aufmärsche im Februar 2010 und 2011 organisiert zu haben. Die Fraktionschefs bestreiten das.

Ein geeintes Volk steht vor großen Herausforderungen

Landtag feiert "Tag der Deutschen Einheit"

3.10.2011 Freie Presse online

Dresden (dapd-lsc). Sächsische Politiker haben am "Tag der Deutschen Einheit" vor dem Verlust von Freiheitsrechten gewarnt und für eine wirtschaftlich nachhaltige Politik plädiert. Die Deutschen müssten aufpassen, dass die "wertvolle Freiheit" nicht durch Dinge wie Handyüberwachung und einen zunehmend neoliberal organisierten Markt eingeengt würden, sagte der Europaabgeordnete und frühere DDR-Bürgerrechtler Werner Schulz (Grüne) am Montag bei einer Feierstunde im sächsischen Landtag. Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) betonte vor 350 geladenen Gästen, Ost- und Westdeutsche seien längst "ein Volk", das allerdings vor großen Herausforderungen stehe.

Schulz forderte, die demokratischen Grundrechte zu schätzen und einzuhalten. Das Streben nach Freiheit und Einheit sei der Schlüssel gewesen, um Deutschland wiederzuvereinigen. Diese Freiheit dürfe nicht mit schärferen staatlichen Kontrollen wie der Sammlung von Handydaten oder einem ausschließlich neoliberalen Verständnis von der Marktwirtschaft aufs Spiel gesetzt werden, sagte der gebürtige Zwickauer und Mitbegründer des Neuen Forums in der DDR.

Hintergrund für Schulz' Äußerungen sind unter anderem die teils gewalttätigen Proteste gegen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch in Dresden im Februar, bei dem die Polizei mehr als eine Million Handydaten erfasste, um Straftäter ausfindig zu machen. Ins Visier gerieten allerdings auch Tausende unbescholtene Demonstranten, Anwohner, Abgeordnete und Journalisten.

Rößler forderte dazu auf, mit der Umwelt, der Wirtschaft und den Finanzen sorgsamer und nachhaltiger umzugehen, um den jüngeren Generationen Wohlstand zu ermöglichen. Die Einheit habe vielen Sachsen zu einem Lebensstandard verholfen, wie es ihn zuvor nie gegeben habe. "Wir müssen für unsere Kinder und Enkel die selben Lebenschancen bewahren, die wir für uns selbst beanspruchen", sagte er.

Die Schuldenkrise mache schon jetzt deutlich, welches enorme Gefälle es innerhalb Europäischen Union zu bewältigen gebe, sagte Rößler. Es müsse Sorge getragen werden, dass innerhalb der EU "unsere Lebensqualität" erhalten bleibt. Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP) verwies auf die "einzigartige Solidarität"

Westdeutschlands. Auch aus diesem Grunde habe sich die sächsische Wirtschaft nach der Wende schnell aufgerappelt.

Die Politiker zeigten sich vom Vollzug der Einheit überzeugt. Trotz vieler Unterschiede seien die Deutschen längst "ein Volk", sagte Rößler. Ähnlich äußerte sich Morlok und Schulz, der in seiner Rede vor allem auch die Zukunft der EU thematisierte. Es sei nicht sinnvoll, sich um die Deutsche Einheit zu sorgen, während Europa in Schieflage gerate, sagte Schulz. Weder der Euro noch die EU dürften scheitern. "Unsere gemeinsame Zukunft besteht in der EU, um die globalen Herausforderungen zu bestehen."

Schulz: "Wir sind ein Volk" war unser "Yes, we can" - Festrede zum Tag der Deutschen Einheit

3.10.2011 LVZ online dpa

Dresden/Bonn. Sachsen hat den Tag der Deutschen Einheit mit Festveranstaltungen und der Enthüllung von „Wendedenkmälern“ gefeiert. Bei der traditionellen Feierstunde im sächsischen Landtag warb der einstige Mitbegründer des Neuen Forums und heutige Grünen-Europaabgeordnete Werner Schulz für den „Ausbau der Einheit Europas“.

Während in Städten wie Zwickau und Aue neue Denkmäler zur Erinnerung an die Wiedervereinigung enthüllt wurden, erfuhr Plauen in Bonn bundesweite Anerkennung: Bei der Verleihung der diesjährigen Einheitspreise bekam die Vogtlandstadt den Sonderpreis der Jury.

Damit wurde die Zivilcourage der Bevölkerung gewürdigt, die sich am DDR-Nationalfeiertag, dem 7. Oktober 1989, trotz Stasi, Volkspolizei und Wasserwerfern nicht daran hindern ließ, für ein Ende der SED-Diktatur zu demonstrieren. Plauen nimmt für sich in Anspruch, im Oktober 1989 Schauplatz der ersten großen Demonstration gewesen zu sein.

„In der öffentlichen Wahrnehmung standen die Plauener im Schatten von Leipzig und Berlin, aber sie markierten den Wende-Punkt im dramatischen Revolutionsherbst von 1989“, urteilte die Jury des von der Bundeszentrale für politische Bildung ausgelobten Preises.

Der sächsische Landtag hatte mit Werner Schulz einen der Protagonisten der Friedlichen Revolution als Festredner geladen. „„Wir sind ein Volk“, das war unser „Yes, we can“,“ sagte der Mitbegründer des Neuen Forums. Die deutsche Wiedervereinigung stellte er in den Zusammenhang mit der europäischen Entwicklung und würdigte sie als „erste Osterweiterung der EU“.

Mit dem gewaltlosen Sturz einer Diktatur und dem Erringen der Demokratie aus eigener Kraft hätten die Frauen und Männer der Friedlichen Revolution 1989 den Gründungsmythos der Europäischen Union erweitert. „Wir müssen aufpassen, dass wir diese wertvolle Freiheit nicht mit kleiner Münze verplempern oder durch

Telefonüberwachung und Datenerfassung wieder einengen“, warnte der 61-Jährige.

Die EU steht nach Ansicht des gebürtigen Zwickauers vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte. „Wir erleben eine ineinander verzahnte Finanz-, Wirtschafts- und Vertrauenskrise, doch leider fehlt es an Führung und an einem klaren Konzept, wie wir aus der Krise herauskommen“, sagte Schulz. Er erinnerte zugleich daran, dass die Deutsche Einheit „Geburtshelfer“ für den Euro war.

„Es gibt kein Zurück in die Bonner Republik“ und zur D-Mark. „Ein Bruchteil dessen, was wir für den Aufbau Ost aufgebraucht haben, würde Griechenland helfen“, fügte Schulz hinzu, der seit zwei Jahren für die Grünen im Europa-Parlament sitzt.

Schulz sprach vor etwa 350 Gästen, darunter Mitglieder aller sechs Landtagsfraktionen. Das sächsische Parlament begeht den Tag der Deutschen Einheit traditionell mit einer Feierstunde und einem auswärtigen Gast.

Am Nachmittag schloss sich der Tag der offenen Tür an, an dem die Fraktionen vor Tausenden Besuchern ihre Arbeit vorstellten. Nicht in Dresden dabei war Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU), der bereits seit Sonntag mit einer Delegation aus Wirtschaft und Politik auf Auslandsreise in St. Petersburg ist.

Zwickau erhielt am Montag ein Einheitsdenkmal. Zentrales Element des von Bildhauerin Erika Harbort geschaffenen Werkes ist ein Originalsegment der Berliner Mauer, das der letzte DDR-Verteidigungsminister Rainer Eppelmann dem Friedenszentrum Zwickau überließ. Es soll dauerhaft an die Überwindung der Trennung Deutschlands und an den Aufbruch zu Freiheit und Einheit erinnern. In der Erzgebirgsstadt Aue war bereits am Samstag ein Denkmal zur Erinnerung an die friedliche Revolution 1989 feierlich übergeben worden.

Hermenau für wirksamen Protest gegen Neonazis

1.10.2011 LVZ online dpa

Dresden. Die sächsische Grünen-Politikerin Antje Hermenau hält einen friedlichen Protest gegen Neonazi-Aufmärsche in Sicht- und Hörweite für erforderlich. Zugleich verlangte sie von der schwarz-gelben Koalition im Freistaat, ihre ablehnende Haltung aufzugeben. „Ich habe das Gefühl, wir befinden uns in einer dramatischen Fehlentwicklung. Die Fronten verhärten sich weiter, wir geraten in eine Endlosschleife“, sagte Hermenau.

Hintergrund ihrer Äußerung ist der Streit um angemessene Reaktionen auf die jährlichen Neonazi-Aufzüge im Februar in Dresden. Zumindest die CDU und FDP im Landtag stehen eisern hinter dem von der Polizei und Justiz verfochtenem Trennungskonzept. Rechtsextreme und Gegendemonstranten sollen dabei auf

verschiedenen Seiten der Elbe gehalten werden.

Hermenau machte geltend, dass diese Taktik bislang nie aufgegangen sei. „Die Koalition ist mit ihrer Strategie zu den Nazi-Aufmärschen völlig gescheitert - schon seit mehreren Jahren“, sagte die Grünen-Fraktionschefin im Landtag. „Weitere Fehler werden immer höher aufeinandergetürmt, nur damit nicht rauskommt, dass die grundsätzliche politische Entscheidung falsch war. Die Bürger werden hier auf Dauer in Geiselschaft einer verfehlten Politik genommen. Es gibt ein Bedürfnis vieler Bürger in Dresden, dass die Nazis hier nicht marschieren.“

Deshalb müssten die Dresdner die Chance haben, sich - ohne die Rechtstaatlichkeit zu verletzen - gegen die Nazis zu wehren. „Das ist ein inneres Bedürfnis. Sie wollen dabei vom Rechtsstaat unterstützt und nicht verschreckt oder gar angeklagt werden.“

Die Grünen-Politikerin zielte damit auf die Ermittlungen gegen friedliche Demonstranten. Am vergangenen Donnerstag hatte der Immunitätsausschuss des Landtages mit den Stimmen von CDU, FDP und rechtsextremem NPD dafür votiert, die Immunität von Linken-Fraktionschef André Hahn aufzuheben. Er soll wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz angeklagt werden. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, ein „Rädelsführer“ der Blockade gegen den Neonazi-Aufmarsch im Februar 2010 zu sein. „Es ist absurd, in einem Mann wie André Hahn einen Rädelsführer zu sehen. Hahn gehört doch nun wirklich nicht zum „Schwarzen Block“, betonte Hermenau und sprach von einem „Abschreckungsmanöver“. Hahn verdiene hier Unterstützung.

Nach den Worten Hermenaus hegt die CDU eine Art Alleinvertretungsanspruch in punkto Demokratie. „Da werden aus Angst und Unsicherheit die alten politischen Grabenkämpfe wieder entfacht. Das lässt Demokratie schwach und schlecht dastehen. So etwas ärgert mich prinzipiell und grundlegend.“ Die Politikerin erinnerte ihre Kollegen von CDU und FDP daran, eine Lösung mit Verstand und Weitblick zu finden. „Jedes Jahr wird es einen 13. Februar geben und jedes Jahr wird eine Lösung gebraucht. Den schwarzen Peter dem roten Hahn zuschieben zu wollen, klappt maximal nur ein Mal.“